



Suchergebnisse: Alldeutsche

1891 – Deutschland will seinen Kolonialbesitz ausweiten

Berlin * Neben der Deutschen Kolonialgesellschaft zählt bald auch der im Jahr 1891 gegründete, extrem nationalistische Alldeutsche Verband, dessen Programm stark von rassistischem und antisemitischem Gedankengut geprägt ist. Nun versucht Deutschland durch den Erwerb weiterer Handelsvertretungen seinen Kolonialbesitz auszuweiten. Im Vordergrund stehen jetzt aber Fragen des nationalen Prestiges und der Selbstbehauptung in einer sozialdarwinistisch verstandenen Konkurrenz der Großmächte. Denn Deutschland als kolonialpolitischer Nachzügler muss den ihm zustehenden Anteil jetzt einfordern.

1912 – Die Thule-Gesellschaft und ihre Wurzeln

München-Graggenau * Die Thule-Gesellschaft hat ihren Ursprung in den vom Mühleningenieur und Publizisten Theodor Fritsch gegründeten Reichshammerbund. Bei der Konstituierung des Reichshammerbundes wird zugleich der Germanenorden aus der Taufe gehoben. Er soll die geheime Kommandozentrale für die gesamte völkische Bewegung werden, ein deutsch-völkischer Generalstab. Nur bis ins dritte Glied reinblütige Deutsche werden in den Orden aufgenommen. Der Orden will die Prinzipien der Alldeutschen auf die ganze germanische Rasse ausdehnen und den Zusammenschluss aller Völker germanischen Blutes anbahnen. Besonderer Wert wird auf die Propaganda der Rassenkunde gelegt. Es sollen die Erfahrungen, die man „im Tier- und Pflanzenreiche gemacht hat, auf den Menschen angewandt“ und gezeigt werden, „wie die Grundursache aller Krankheit, allen Elends, in der Rassenvermischung liege“.

3. März 1917 – Die Zeitschrift Die Wirklichkeit - Deutsche Zeitung für Ordnung und Recht

München * Die erste Ausgabe der Zeitschrift „Die Wirklichkeit - Deutsche Zeitung für Ordnung und Recht“ erscheint. Das Druckwerk, dessen Hauptschreiber Dr. Fritz Gerlich ist, sollte das Sprachrohr der „alldutschen Kräfte“ werden. Die Zeitschrift wird jedoch schon im September wieder eingestellt.

6. Oktober 1917 – Schwere Auseinandersetzungen über vaterländische Propaganda



Berlin * Im Reichstag kommt es zu schweren Auseinandersetzungen über die vaterländische Propaganda des Alldeutschen Verbands und der Deutschen Vaterlandspartei - DVLP.

16. September 1918 – Der Alldeutsche Verband hetzt gegen Kurt Eisner

München * In einem Flugblatt des Alldeutschen Verbandes anlässlich der Nominierung Kurt Eisners für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf heißt es: „Ein russischer Jude als Reichstagskandidat. [...] Eisner wird ja nicht gewählt werden, aber dass eine Partei es überhaupt wagen darf, einen russischen Juden, der wegen Landesverrat verurteilt wurde [was nicht stimmt], aufzustellen, müsste dem Arbeiter die Schamröte ins Gesicht jagen!“

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.

19. Oktober 1918 – Die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht benutzen

Berlin * Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbands - ADV, Heinrich Claß, äußert sich auf der Sitzung der Führungsspitze: „Die Bundesfürsten haben sich ebenso behandeln lassen [wie der Kaiser]. Sollen wir die Monarchie noch verteidigen, nachdem sie sich selbst überall aufgegeben?“



In der selben Sitzung verabschiedet der Vorstand einen Aufruf, in dem sich der Verband erstmals öffentlich zum Antisemitismus bekennt. Es gelte „die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen, Furcht und Schrecken [...] in der Judenschaft [zu verbreiten]. [...] Ich werde [...] vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleist's, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach Gründen nicht!“

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßregeln, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

16. Februar 1919 – Der Alldutsche Verband tagt in Bamberg

Bamberg * Der rechtsextreme und antisemitische Alldutsche Verband - ADV tagt in Bamberg. Der seit den 1890er-Jahren stark Einfluss auf die Politik nehmende Verband war in den letzten beiden Kriegsjahren in eine Art Winterschlaf gefallen. Jetzt erwacht er wieder zu alter Stärke. Bis Ende 1920 werden die Alldutschen 110.000 Mitglieder haben, dreimal so viel wie vor dem Krieg.

29. April 1919 – Die Räteherrschaft in München ist gar nicht so schlimm wie befürchtet



Berlin - München * Die rechtsorientierte, alldeutsche Deutsche Zeitung, ein Blatt, das ganz bestimmt nicht in Verdacht steht, die „spartakistische Gefahr“ zu unterschätzen, druckt einen aus München herausgeschmuggelten Bericht ab, der vermittelt, dass die Räteherrschaft in München gar nicht so schlimm sei, wie befürchtet.

10. Mai 1919 – Josef Hofmiller unterschätzt die Thule-Gesellschaft

München-Haidhausen * Josef Hofmiller schreibt zur Thule-Gesellschaft völlig naiv in sein Tagebuch: „Diese Thule-Gesellschaft scheint eine harmlose alldeutsche Loge gewesen zu sein, die in den Verdacht monarchistischer Umtriebe gekommen war und an der die Roten offenbar ein Exempel statuieren wollten. Sie hatten als Vereinsabzeichen das germanische Hakenkreuz.“ Josef Hofmiller hat - wie die meisten Angehörigen des bürgerlichen Lagers - die Entschlossenheit der Thule-Gesellschaft, den demokratischen Staat zu beseitigen und durch eine völkische Diktatur zu ersetzen, völlig unterschätzt.
